



Zürich, 25.05.2009

Politischer Vorstoss im Kanton Bern wegen fraglicher Software-Beschaffung

In Zusammenarbeit mit dem Sekretariat der parlamentarischen Gruppe Digitale Nachhaltigkeit wird Marc Jost, EVP-Grossrat Kanton Bern, eine dringliche Interpellation zur 80-Millionen Informatik-Migration der Berner Kantonsverwaltung einreichen. Er hinterfragt kritisch, weshalb der Kanton Bern die neue Software öffentlich ausschreibt ausser das Betriebssystem und die Office-Lösung, für die sich die Verwaltung ohne Submission für Microsoft Windows und Office entschieden hat.

Der Interpellationstext lautet wie folgt:

«Wie unabhängig ist der "Kantonale Workplace 2010"?

Der Kanton Bern plant, mit rund 80 Millionen Franken im Projekt "Kantonaler Workplace 2010" seine 14'000 Computerarbeitsplätze zu erneuern. Neu soll die Informationstechnik gemeinsam eingekauft werden. Das ist begrüssenswert. Der Auftrag soll in verschiedenen Losen ausgeschrieben werden, jedoch erstaunlicherweise nicht in den Bereichen Betriebssystem und Office-Software, wo die Beschaffung von Microsoft Windows und Microsoft Office bereits freihändig vergeben wurde. Bei einem ähnlichen Vorgehen der Bundesverwaltung wurde von anderen Dienstleistern bereits Beschwerde eingereicht. Einige andere Kantone verwenden OSS-Lösungen (Solothurn, Waadt, Genf) oder sind daran, deren Verwendung zu untersuchen (Thurgau, Aarau, Basel Stadt etc). Dank dem Einsatz von OSS spart der Kanton. Solothurn bspw. rund 2 Millionen Franken pro Jahr.

Zum Projekt "Kantonaler Workplace 2010" stelle ich dem Regierungsrat folgende Fragen:

1. Wie hoch sind die jährlichen Ausgaben des Kantons Bern für Lizenzkosten von Microsoft (Enterprise Agreement) und anderen Herstellern proprietärer Software bisher und in Zukunft?
2. Wie hoch ist der geschätzte Migrationsaufwand für das neue "Windows 7" in Arbeitszeit und Geld?
3. Wie verhindert der Regierungsrat, dass bei der geplanten Software-Beschaffung die Abhängigkeit von Herstellern proprietärer Software nicht noch weiter erhöht wird? Könnte nicht auch ein hybrider Einsatz von Open Source Software sinnvoll sein, z.B. OpenOffice.org auf Windows wie es die Stadt Freiburg im Breisgau getätigt hat?
4. Weshalb wurde nicht auch im Bereich von Betriebssystem und Office-Anwendungen eine öffentliche Ausschreibung gemacht?
5. Ist der Regierungsrat bereit, zusammen mit der Verwaltung eine unabhängige, externe Expertise in Auftrag zu geben, welche Aufschluss gibt über:
 - Risiken wachsender Abhängigkeiten von Herstellern proprietärer Software
 - Möglichkeiten zu Kosteneinsparungen mittels Einsatz von Open Source Software (Betriebssystem, Office, Server-Software, Fachanwendungen etc.)
6. Wie schätzt der Regierungsrat das Risiko ein, dass gegen die freihändige Vergabe der Betriebssystem- und Office-Software Beschwerde geführt wird? Weshalb will der Regierungsrat dieses Risiko eingehen?»

Kontakt

Marc Jost, Grossrat EVP Kanton Bern, +41 76 206 57 57, info@marc-jost.ch, www.marc-jost.ch

Sekretariat Parlamentarische Gruppe Digitale Nachhaltigkeit:

Matthias Stürmer, +41 76 368 81 65, info@digitale-nachhaltigkeit.ch, www.digitale-nachhaltigkeit.ch

Verein Swiss Open Systems User Group /ch/open, Postfach 2322, 8033 Zürich, www.ch-open.ch